

Niederschrift

Über die öffentliche Ortsbeiratssitzung am Donnerstag, 09.11.2017, 19:30 Uhr, im Hotel Simonis, Mauritiusstraße 1

Tagesordnung

1. Mitteilungen
2. Verkehrsberuhigende Maßnahmen
Sachstand und Beratung, ggf. Beschlussfassung
3. Beratung der Entwürfe zum Haushaltsplan 2018
 - a) des Haushaltsplanes 2018 – Investitionen- einschl. Finanzplanung 2019 - 2021
 - b) des Haushaltsplanes 2018 – Ergebnishaushalt – einschl. Finanzplanung 2019 - 2021
 - c) des Vermögensplanes 2018 zum Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes „Stadtentwässerung“
4. Verschiedenes

Im Anschluss: Einwohnerfragen

Anwesend unter dem Vorsitz des Ortsvorstehers Christian Franké sind die Mitglieder:

-CDU- Fraktion

Thomas Roos
Klara Kameisis
Egon Back
Michaela Puchta
Martin Monjour

-SPD-Fraktion

Karl-Heinz Behr
Wolfgang Pelz (19:46 Uhr)

-Bündnis90/Grüne

Reinhard Alsbach

Anwesende Stadtratsmitglieder: Marion Lipinski-Naumann, Fritz Naumann.
Entschuldigt: Monika Sauer, Andreas Biebricher, Sarah Lipinski-Wasilewski.
Von der Verwaltung anwesend: Bernd Mohrs.

Der OV eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
Er stellt fest, dass form- und fristgerecht am 01.11.2017 per E-Mail eingeladen wurde.
Die Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung erfolgte am 18.09.2017.
Die Niederschrift der letzten Sitzung ist dem OBR am 24.10.2017 per E-Mail zugegangen.
Der Ortsbeirat ist beschlussfähig.
Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift.
Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung.
Es gibt keine Anträge zur Tagesordnung.

1. Mitteilungen:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2. Verkehrsberuhigende Maßnahmen

Der OV bedauert, dass seitens der Verwaltung die endgültige Planung der Maßnahme an der Kita noch nicht so weit sei, um vorgestellt zu werden. Auch sei die Abstimmung mit den Anwohnern noch nicht endgültig ausgearbeitet. Dieses Thema müsse erneut in eine OBR Sitzung eingestellt werden.

Was die Buskaps in der Aachenerstraße Richtung Bassenheim betreffe, habe sich die Errichtung wegen Lieferengpässen verzögert, solle aber noch in diesem Jahr erfolgen. Die bestehenden Geschwindigkeitstafeln müssten noch ausgewertet werden. Die Ergebnisse würden dem OBR mitgeteilt.

Das geplante „Blitzgerät“ sei genehmigt und bestellt.

Der OV spricht die fertig gestellte Fahrbahnverschwenkung in der Aachenerstraße Richtung Metternich an. Durch das starke Höhengefälle, genau im Verschwenkungsbereich bei der Einfahrt nach Rübenach, sei eine Gefahrenzone entstanden. Mittlerweile stünden Barken im Bereich der Böschung. Laut Nachfrage könne keine endgültige Absicherung errichtet werden, da die dort liegenden Bauplätze bebaut werden sollen.

Es fehle noch eine ergänzende Fahrbahnmarkierung, so der OV. Die Begrünung erfolge in der nächsten Vegetationsperiode.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) bestätigt, dass die Stelle durch die Barken gut erkennbar sei, nichtdestotrotz ginge es im Verschwenkungsbereich in die Tiefe. Sie könne sich auch nicht vorstellen, dass lt. Straßenverkehrsordnung ein solches Bauen erlaubt sein soll.

Klara Kameisis (CDU) kann nicht nachvollziehen warum kein Kreisell gebaut wurde. Damit hätte eine anständige Anbindung an den Tennisplatz und längerfristig auch die Anbindung der Kelttenstraße entstehen können. Zudem hätte es keine Hanglage gegeben.

Das, so der OV, sei am großen Kostenunterschied von ca. 400.000,00€ gescheitert.

3. Beratung der Entwürfe zum Haushaltsplan 2018

a) des Haushaltsplanes 2018 – Investitionen- einschl. Finanzplanung
2019 - 2021

b) des Haushaltsplanes 2018 – Ergebnishaushalt – einschl. Finanzplanung
2019 - 2021

c) des Vermögensplanes 2018 zum Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes
„Stadtentwässerung“

Die zu beratenden Maßnahmen „Gehweg Anderbach“ und „Ausbau Grabenstraße“ werden vorgezogen und die dazugehörenden Hauhalte „a und c“ ebenfalls mit beraten.

Egon Back wird bei der Maßnahme „Ausbau Grabenstraße“ nicht mit abstimmen.

Thomas Roos wird bei der Maßnahme „Gehweg Anderbach“ nicht mit abstimmen.

Der OBR stimmt diesem Vorgehen einstimmig zu.

Bei der Maßnahme „**Ausbau Grabenstraß**“ bestehe kein Beratungsbedarf, so der OV, die Informationen deckten sich mit denen im Nachtragshaushalt.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Der „**Gehweg Anderbach**“ werde ab dem 1. Quartal 2018 baulich umgesetzt und am Bereich Bahnhof vorbei durchgezogen.

Klara Kameisis (CDU) und Marion Lipinski-Naumann (SPD) möchten wissen, ob durch die Verlängerung des Gehweges ein Abrechnungsabschnitt für die Anwohner der Lambertstraße entstünde.

Der OV erklärt, dass nur die Anwohner der Anderbachstraße betroffen seien.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Maßnahme: „**Beschaffung Kleinfahrzeug**“

Es handele sich um die Neubeschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges für die Feuerweereinheit Rübenach.

Maßnahme: „**Ersatzbeschaffung Hilfeleistungslöschfahrzeug sowie des Rüstwagens**“

Die vorhandenen Fahrzeuge stammten aus den Jahren 1998 und 1990 und seien ersatzbedürftig.

Die Maßnahme „**Spielplatz in der Grünwies**“

In der dazugehörigen Erläuterung im Haushaltsplan, so der OV, sei von einer Umbenennung von „In der Klause“ in „In der Grünwies“ die Rede.

Der Spielplatz in der „Grünwies“ dürfe aber kein Ersatz für den Spielplatz in der „Klause“ sein.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) ist der Ansicht, dass es auf Grund der Entwässerungsproblematik keine ernsthaft Ersatzfläche für die „Klause“ gäbe. Es sei auch nicht akzeptabel, dass die Änderung der Maßnahme nicht dem OBR vorgestellt worden sei.

Thomas Roos (CDU) schließt sich der Meinung an und hält es für sinnvoll auch die Schule und Kita's mit einzubinden. Er rät allerdings von einer Ablehnung der Maßnahme ab, damit weiterhin eine Planungsfläche als Perspektive erhalten bliebe.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) möchte den ersten Satz der „Erläuterungen“ streichen lassen. Zudem müsse die Planung des Spielplatzes in der „Klause“, auf Grund der jetzigen Kenntnisse aufrechterhalten werden.

Bernd Mohrs erklärt, dass der Spielplatz geopfert worden sei um eine Regenrückhaltefläche zu errichten. Aus wasserrechtlicher Sicht sei empfohlen worden diese Fläche bestehen zu lassen (Starkregen).

Ein Rückbau sei erst Möglich, wenn die Lage an der Kuffner Mühle geklärt sei. Da die Fläche dem Bauträger gehöre, sei dieser dann auch in der Pflicht für den Rückbau.

Maßnahme: „**U3-Ausbau Kita St. Mauritius**“

Hierbei werde der im Kita-Gesetz geregelte Anspruch auf einen Kindergartenplatz gewährleistet.

Bei der Maßnahme: **„Umgestaltung Tennenspielfeld in einen Kunstrasenplatz“** gehe es um die nachträgliche finanzielle Förderung des FV „Rheingold“ Rübenach für dieses Projekt

Maßnahme: **„Lüftungsanlage Grundschule“**

Wie bereits beim Nachtragshaushalt, so der OV, müsse erneut eine schnelle Erledigung gefordert werden. Diesmal sei in der „Erläuterung“ von einer „geraumen Zeit der Schimmelproblematik“ zu lesen.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) sieht hierin eine falsche Planung. Man habe energetisch saniert und die Lüftung vergessen. Sie spricht von Gesundheitsschäden und Substanzschädigung.

Michaela Puchta (CDU) befürchtet, dass es für die Lüftungsanlage eventuell schon zu spät sei.

Müsse nicht erst geprüft werden, ob die Kinder überhaupt in die Schule geschickt werden könnten?

Klara Kameisis (CDU) fordert eine umgehende Umsetzung der Maßnahme von 2019 auf 2018. Es müsse auch darüber informiert werden, wie groß der Schaden mittlerweile sei und welche Abhilfe geschaffen werde.

Maßnahme: **„Ausgleichsflächen für A61“**

Rübenach sei hier nur indirekt betroffen, so der OV. Die Maßnahme betreffe die Herstellung von Ausgleichsflächen.

Reinhard Alsbach (Bündnis90/Grüne) kritisiert, dass die Ausgleichsflächen leider nicht immer vor Ort entstünden, sondern oft Außerhalb.

Maßnahme: **„Gewerbegrundstück Industriegebiet A61“**

Hier gehe um den Rückerwerb von Gewerbefläche. Die geplante Autobahnpolizeistation werde nicht errichtet.

Die Maßnahme: **„Umlegung Nr. 86 – Industriegebiet A61“** beinhalte die Mehrzuteilung der Stadt Koblenz als Umlegungsbeitragsleistung. Das sei unkritisch zu sehen.

Bei der Maßnahme **„Ausbau Brückerbach zw. Zilze Mühle u. Aachener Str.“** geht es um den Ausbau und die Renaturierung des Brückerbaches. Dazu möchte Klara Kameisis (CDU) wissen, ob in den eingestellten Mitteln auch der Ausbau eines Naherholungsbereiches, z.B. für Spazierwege, integriert sei. Sollte dies nicht der Fall sein, müssten dafür extra Mittel eingefordert werden.

Der OV bestätigt, dass die Mittel nur für den eigentlichen Bachausbau seien.

Wolfgang Pelz (SPD) äußert den Vorschlag das Vorhaben „Naherholung“ mit dem Fahrradwegenetz zu koppeln.

Der OV bestätigt, dass es Sinn mache, bei der Verwaltung einen eigenen Haushaltstitel für den Bereich Fahrrad und Naherholung in Höhe von je 1.000€ zu fordern.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) bedauert, dass das Augenmerk hauptsächlich auf den Fahrrad-Langstrecken liege. Wichtig wären ebenfalls die Kurzstrecken, gerade auch innerorts von Rübenach.

Thomas Roos (CDU) verweist darauf, dass es nicht nur um die Sicherung von Radwegen gehe sonder auch um die Schaffung der entsprechenden Infrastruktur, z.B. Fahrradständer.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) möchte noch auf zwei wichtige Dinge hinweisen:

Da Rübenach der Stadtteil mit den meisten Wirtschaftswegen sei, solle der entsprechende Haushalt von 10.000€ auf 15.000€ angehoben werden.

Außerdem sei 2019 für Rübenach die Ganztagschule angedacht. Die Anträge seien gestellt.

Zum Punkt „c“ **der Haushaltsberatungen** stellt Bernd Mohrs das **Investitionsprogramm 2017 bis 2021** vor.

Zusätzlich zu den aktuellen Maßnahmen wie Kanalerneuerung Grabenstraße und Kanalerneuerung Aachener Str./RRB Zilze Mühle, kämen längerfristig noch die Kanalerneuerungen der Alte Straße, Lambertstraße, Wolkener Straße und des GVZ A61 hinzu.

Im Bereich des GVZ, so Bernd Mohrs, ginge es um die Entwässerung und die Prüfung von Flächen für Regenrückhaltebecken.

Der OBR äußert seine Besorgnis im Bezug des GVZ. Laufe die Entwässerung in die Bäche, könne das für Rübenach große Probleme bringen. Bei Starkregen wäre auch ein kleiner Bach gefährlich. Ein solches Unglück habe es in Rübenach bereits gegeben..

Oberste Priorität sei, so Bernd Mohrs, dass die Entwässerung auf den entsprechenden Grundstücken erfolge. Abseits davon werde es Rückhaltebecken geben.

Es kommt zum Beschluss:

Bei den Positionen

PQ370003, P371047, P501040, P521004, P611009, P621022, P621025, P661059

Stimmt der OBR den **Haushalten a, b und c** zu.

Ergänzend dazu werden zwei Haushaltsstellen

- a) Naherholung mit 1.000€
- b) Radwege mit 1.000€

gefordert.

Ferner wird unter der **Haushaltsstelle 5211 „Zweckbindung Wirtschaftswege Rübenach“** eine Erhöhung auf 15.000€ gefordert.

Zum **Produkt P501005** fordern wir die Streichung des 1. Satzes unter „Erläuterungen“, und die Wiederzuordnung des „Spielplatzes In der Klause“. Ergänzend dazu soll eine neue Haushaltsstelle in gleicher Höhe für ein neu zu schaffendes Produkt „Spielplatz In der Grünwies“ geschaffen werden.

Abhängig von der Zeitachse einer möglichen Herstellung, soll die Möglichkeit bestehen die Haushaltsmittel auf einen alternativen Standort innerhalb Rübenachs zu übertragen.

Zu **PZ401108** fordern wir die sofortige Umsetzung der Maßnahme. Die Begründung liegt im 3. Satz der „Erläuterung“. Es besteht eine massive Gefährdung der Kinder und des Lehrkörpers, sowie eine Risiko des Werteverlustes am Gebäude.

Wir fordern die Verwaltung daher ergänzend auf zu prüfen, welcher finanzielle Schaden bereits durch die verzögerte Maßnahme entstanden ist.
Dies ist im Rahmen einer OBR Sitzung zu erläutern.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

3. Verschiedenes

Der OV teilt mit, dass ein Ortstermin mit Frau Reusch, Herrn Karkosch und Mitgliedern des OBR auf dem Friedhof stattgefunden habe. Es habe etliche Erläuterungen über zukünftige Planungen gegeben. Diese sollen im Frühjahr 2018 in einer OBR Sitzung vorgestellt werden. Marion Lipinski-Naumann (SPD) ist skeptisch, ob die Planungen des Eigenbetriebes überhaupt noch zukunftstauglich seien.

Klara Kameisis (CDU) erklärt, dass viele verschiedene Möglichkeiten angesprochen worden seien. Es mache aber sicherlich Sinn, im Vorfeld der Sitzung konkrete Fragen an den Eigenbetrieb zu richten.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) spricht die Thematik „flächendeckende Ortsbeiräte“ an. Es gehe hier aktuell nicht um die Abschaffung der bestehenden Ortsbeiräte, sondern über die Erweiterung für das ganze Stadtgebiet.

Thomas Roos (CDU) ist der Meinung, dass die Ortsbeiräte sich doch sehr mit dem Geschehen und der Problematik vor Ort beschäftigten.

Zudem, so der OV, geschehe dies alles ehrenamtlich, also in der Freizeit.

Starken Busch- und Baumbewuchs auf einem Gartengrundstück in der Mühlenstraße, spricht Michaela Puchta (CDU) an. Der Bewuchs rage ins Nachbargrundstück hinein. Dieses Problem, so Marion Lipinski-Naumann, betreffe das Nachbarschaftsrecht und müsse vom Betroffenen selber geregelt werden. Es könne auch ein Schiedsman hinzu gezogen werden.

Egon Back (CDU) interessiert, ob die Einnahmen der im öffentlichen Raum aufgehängten Zigarettenautomaten, an die Stadt Koblenz gingen und damit vielleicht Rübenach zugute kämen.

Die Einnahmen, so der OV, generierten nur die betreibenden Privatfirmen.

Karl-Heinz Behr teilt mit, dass der Randbereich am Straußpfad/Brückerbach erneut zugewuchert sei.

Der OV erklärt, dass dieser Bereich schon mehrfach geschnitten worden sei. Er werde den Umstand aber erneut weiterleiten.

Es kommt zu keinen weiteren Wortmeldungen mehr.
Die OBR Sitzung endet um 21:44 Uhr

Einwohnerfragen

Herr Neitzel bemängelt, dass es nach wie vor noch nicht zur kurzfristigen Inbetriebnahme der Umgehungsstraße K66 gekommen sei. Rübenach nehme doch die Entwässerung des Zweckverbandes auf sich, als Gegenleistung könne der Verkehr über die K66 laufen.

Bernd Mohrs erwidert, dass die Entwässerung des GVZ im Zweckverband vor Ort vonstatten ginge. Koblenz nehme nur das Schmutzwasser auf. Der Brückerbach habe nichts damit zu tun. Für das Schmutzwasser würden entsprechende Gebühren entrichtet.

Herr Neitzel kommt auf die Nordtangente zu sprechen. Der OBR möchte der Stadt gegenüber doch bitte sein Befremden aussprechen, dass die Maßnahme nicht weitergehe. Es seien noch nicht einmal die Ausschreibungen raus. Es gehe dabei nur um die erste Stufe, vom zweiten Bauabschnitt rede gar keiner mehr.

Der OBR solle zumindest verlangen, dass die L52 an den Bubenheimer Kreisel angeschlossen werde.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) erklärt, dass für die momentanen Verzögerungen nicht die Stadt Koblenz verantwortlich sei, sondern das LBM.

Der OV erklärt, er nehme die Anregung auf, auch in Richtung LBM.

Ende der Sitzung 21:54 Uhr

Christian Franké
Ortsvorsteher

Anne Reif
Protokoll